

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government
am Donnerstag, **03.12.2015**, 17:00 Uhr - 21:25 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Marcus Bielefeld , Sven Gotthal , Gilbert Hartmann , Stefan Leschniok , Wolfram Pott , Hans-Christoph Vogelberg

von der SPD-Fraktion

Philipp Hagemann (bis 19.05 Uhr / TOP 20), Marius Herwig (ab 19.05 Uhr /TOP 20), Dr. Cornelia Jäger , Gabriele Kubig-Steltig , Anne Schulze Wintzler , Eva Strehlke (bis TOP 5 /17.30 Uhr), Maria Winkel (ab TOP 5 / 17.30 Uhr)

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Theodor Knetzger , Raimund Köhn , Otto Reiners , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jörg Berens

von der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel (bis TOP 21 / 21.10 Uhr)

auf Vorschlag der Fraktion Piraten/ÖDP

Peter Hemecker (ab TOP 3 / 17.15 Uhr)

Sachkundige Einwohner/innen

Markus Schwienheer

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Henrik Bestmann, Dr. Andreas Bohn , Günther Drewes, Robert Erpenstein, Martin Fallbrock, Benno Fritzen , Wolfgang Heuer , Dr. Jürgen Langenberg, Jochen Lücken, Steffen Maser , Axel Schollmeier , Maria-Luise Schwering , Michael Volmering , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlte/n:

Olaf Dreßen , Gerd Kersting , Jan Leiße , Thomas Marquardt

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0909/2015</u>
V | 2. | Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen |
| <u>V/0907/2015</u>
V | 3. | Gesundheitsprogramm für eine umfassende Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende – Zugang zur medizinischen Regelversorgung Rahmenvereinbarung gem. § 264 SGB V für die Krankenversorgung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) |
| <u>V/0879/2015</u>
II | 4. | Konversionsprozess der York- und Oxford-Kaserne: Projektplanung bis zur Ankaufsentscheidung |
| <u>V/0813/2015</u>
V | 5. | Evaluationsbericht zum Einsatz einer halben Personalstelle zur Vermeidung von Umzügen in Wohn- und Pflegeheimen |
| <u>V/0792/2015</u>
V | 6. | Aufgabenerweiterung in der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung |
| <u>V/0856/2015</u>
VI | 7. | Sachstandsbericht: Weiterer Umgang mit dem Gebäude der Stadthalle Hilstrup |
| <u>V/0732/2015</u>
V | 8. | Personelle Unterstützung für zwei Jubiläumsausstellungen 2017 und 2018 im Stadtmuseum Münster |
| <u>V/0381/2015</u>
V | 9. | Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
1. Bericht über den Stand der Umsetzung |
| <u>V/0734/2015</u>
IV | 10. | Das Konzept einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung |
| <u>V/0759/2015</u>
IV | 11. | Neukonzeption der zeitnahen und potenzialorientierten Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen in Münster - Ausbau und Weiterentwicklung der kommunalen Konzeption |

<u>V/0948/2015</u> I	12.	Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Münster
<u>V/0976/2015</u> I	13.	Warnung und Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen in Münster / Entsperrung von Haushaltsmitteln
<u>V/0880/2015</u> I	14.	Einsatz von Defibrillatoren durch die Stadt Münster
<u>V/0705/2015</u> I	15.	Zwischenbericht zur Umsetzung von organisatorischen Optimierungen im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben
<u>V/0953/2015</u> I	16.	Organisationsuntersuchung im Amt für Immobilienmanagement / erste Ergebnisse und weiteres Vorgehen
<u>V/0868/2015</u> VI	17.	Abfallwirtschaftsbetriebe Münster - Wirtschaftsplan 2016 - Finanzplan 2016 - 2020
<u>V/0815/2015</u> I	18.	Wirtschaftsplan 2016 der citeq
<u>V/0951/2015</u> III	19.	Wirtschaftsplan 2016 von Münster Marketing
	20.	Stellenplan-Entwurf 2016 der Stadt Münster
	21.	Haushaltsplan-Entwurf 2016 der Stadt Münster
	22.	Anfrage der FDP-Fraktion: Jäger/Jagdpädchter - Leistungserbringung für die Stadt Münster; Bericht der Verwaltung
	23.	Verschiedenes

Frau Dr. Stein-Redent eröffnete die Sitzung, stellte die fristgerechte Ladung fest und erklärte, dass Frau Eva Strehlke noch zu verpflichten sei. Sie verlas folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgabe nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Münster erfüllen werde“

Sodann verpflichtete Frau Dr. Stein-Redent Frau Strehlke als sachkundige Bürgerin auf die gesetzmäßige Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Frau Kubig-Steltig beantragte für die SPD-Fraktion, die Vorlage V/0948/2015 (TOP 12) in die nächste Beratungskette zu schieben.

Herr Köhn beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Vorlagen V/0856/2015 (TOP 7) und V/0381/2015 (TOP 9) ebenfalls in die nächste Beratungskette zu schieben.

Herr Berens beantragte für die FDP-Fraktion, die Vorlage V/0879/2015 (TOP 4) in der Haupt- und Finanzausschuss zu schieben und die Vorlage V/0705/2015 (TOP 15) in die nächste Beratungskette zu schieben.

Herr Leschniok beantragte für die CDU-Fraktion, die Vorlagen V/0732/2015 (TOP 8) und

V/0868/2015 (TOP 17) in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nahm alle gestellten Anträge einstimmig an.

Punkt 1 der Tagesordnung **Eingänge und Mitteilungen**

Keine Eingänge und Mitteilungen

Punkt 2 der Tagesordnung **Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden** **V/0909/2015** **Flüchtlingszahlen**

Herr Pott stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, in der Ziffer 4 des Beschlussvorschlages den Satz 3 am Ende um das Wort „befristet“ zu ergänzen und begründete dies. Nach kurzer Diskussion und Stellungnahme durch die Verwaltung zog Herr Pott den Antrag zurück.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss sodann einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die folgenden Gebäude werden zur vorübergehenden Unterbringung von ca. 30 bzw. 100 Flüchtlingen angemietet und hergerichtet:
 - Warendorfer Straße 269, Stadtbezirk Ost, Stadtteil Mauritz-Ost (Anlage 1 a,b),
 - Oxford-Kaserne, Gebäude 24, Stadtbezirk West, Stadtteil Gievenbeck (Anlage 2 a,b).
 Darüber hinaus wird das Gebäude 38 in der ehemaligen Oxford-Kaserne zur Nutzung als Verwaltungs- und Beratungsstützpunkt hergerichtet (Anlage 3).
2. Der Rat stimmt der vom Stab für außergewöhnliche Ereignisse am 03.11.2015 getroffenen Entscheidung zu, das leerstehende Gebäude des ehemaligen Hauptzollamtes an der Sonnenstraße 85-89, Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Martini, von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mietzinsfrei zunächst für die Dauer von einem Jahr anzumieten und für die Unterbringung von ca. 140 Flüchtlingen herzurichten (Anlage 4).
3. Die neu geschaffenen Unterbringungskapazitäten werden mit dem notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die persönliche Betreuung dieser Flüchtlingseinrichtungen an geeignete freie Träger zu vergeben. Dabei wird der übliche Betreuungsschlüssel von jeweils 0,50 VZÄ für Sozialarbeit und Hausdienst je 50 Plätze zugrunde gelegt. Sofern eine Betreuung durch freie Träger nicht zweckmäßig oder realisierbar ist, sind ab Inbetriebnahme der Flüchtlingseinrichtungen dem Betreuungsschlüssel entsprechend zusätzliche Mitarbeiter/-innen im Bereich von Sozialarbeit und Hausdienst jeweils zeitnah einzusetzen. Ferner wird Verwaltung ermächtigt, die Betreuung, Unterbringung und Versorgung der sprunghaft angestiegenen Zahl von Asylsuchenden entsprechend dem üblichen Betreuungsschlüssel dadurch zu sichern, dass die Betreuung bestehender und neuer Unterbringungskapazitäten im erforderlichen Umfang umgehend in die Hände geeigneter freier Träger oder Hilfsorganisationen gegeben wird, wenn diese sich hierzu bereit erklären und die Konditionen sich am Aufwand für einen Betrieb in städtischer Regie orientieren.

Die Verwaltung wird dazu den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung sowie den Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government unterrichten.

5. Mit Inbetriebnahme der Einrichtung an der Sonnenstraße werden freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche entsprechend der dazu in städtischen Flüchtlingseinrichtungen etablierten Angebote durch Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Nordrhein-Westfalen darauf hinzuwirken, dass die Notunterkunft des Landes in der ehemaligen Wartburg-Hauptschule, Von-Esmarch-Straße 15, zunächst bis zum 31.12.2016 gemeinsam mit den örtlichen Hilfsorganisationen weiterbetrieben wird.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Herrichtung der temporären Flüchtlingseinrichtung an der Westfalenstraße 490 (Gelände Haus Heidhorn) zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 190.370 € bereitzustellen sind.
8. Die Dringlichkeitsentscheidung D/0018/2015 vom 22.09.2015 (Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Neue zeitlich befristete Flüchtlingseinrichtungen an der Gutenbergstraße 17 und Münzstraße 10) wird gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen genehmigt (Anlage 5).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Den Berechnungen für die laufenden Aufwendungen liegt die Annahme zugrunde, dass die vorübergehenden Unterbringungskapazitäten in der Warendorfer Straße zum 01.06.2016, in der Oxford-Kaserne und in der Sonnenstraße ab Mitte bzw. Ende Januar 2016 genutzt werden können.

Zu den einzelnen Beschlusspunkten entstehen folgende zusätzliche Haushaltsbelastungen, die bisher nicht veranschlagt sind:

Zu 1.: Für den Umbau des Gebäudes an der Warendorfer Straße 269 sind etwa 350.000 € zu veranschlagen.

Für die Nutzung des Gebäudes 24 auf dem Gelände der ehemaligen Oxford-Kaserne ist die Aufstellung von Sanitär-, Wasch- und Küchencontainern erforderlich. Dafür entstehen bis zur Erschließung des Gebäudes Mitte 2016 voraussichtlich etwa 50.000 € an Mietkosten. Für die Aufstellung und Inbetriebnahme der Container sind etwa 65.000 € zu veranschlagen.

Die Herrichtung des Gebäudes 38 wird etwa 200.000 € erfordern. Hinzu kommen voraussichtlich weitere Aufwendungen für die EDV-Anbindung.

Zu 2.: Für den Standort Sonnenstraße muss insbesondere aus Brandschutzgesichtspunkten ein Sicherheitsdienst beauftragt werden. Hier ist mit jährlichen Kosten in Höhe von 385.000 € zu rechnen.

Zu 3.: Die veranschlagten Auszahlungen und Aufwendungen für Mobiliar und Einrichtungsgegenstände der Gebäude entsprechen dem üblichen Standard der städtischen Flüchtlingseinrichtungen.

Zu 4.: Für die Betreuung der Flüchtlingseinrichtungen werden je 50 Plätze 0,5 VZÄ EGr. S 12 für Sozialarbeiter/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen und 0,5 VZÄ EGr. 4 für den Hausdienst eingesetzt. Die Mittel sollen vorrangig für Betreuungsleistungen freier Träger eingesetzt wer-

den, wenn entsprechendes Interesse besteht und einrichtungsbezogenen Vereinbarungen - orientiert am entsprechenden städtischen Aufwand - getroffen werden können.

Zu 5.: Für die freizeitpädagogischen Angebote ist mit Aufwendungen in Höhe von 11.000 € jährlich zu rechnen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	050 3	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2016 ff.	255.260	Zuschüsse an freie Träger; Integrationshilfen
			2017 ff.	267.651	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	548.337	Mobiliar/ Einrichtung < 410 €; Sicherheitsdienst
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2017 ff.	385.000	
Produktgruppe	011 1	Immobilienmanagement			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	50.000	
Produktgruppe	060 3	Kinder- und Jugendarbeit			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016 ff.	11.000	
Insgesamt:			2016 ff.	864.597	2017: 652.651

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	050 3	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Investitionsmaßnahme		Ausstattung von Flüchtlingeinrichtungen			
Auszahlungen Zeile	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2016	805.370	
Auszahlungen Zeile	09	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2016	54.440	Mobiliar/ Einrichtung > 410 €
Summe aller Auszahlungen/Saldo				859.810	

Die erforderlichen investiven Mittel für die Herrichtung des Standortes Sonnenstraße wurden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgte aus der Produktgruppe 0111 „Immobilienmanagement“ Maßnahmenziffer 0000 (Ankauf von Grundvermögen). Die endgültige Finanzierung findet im Haushalt 2016 statt. Aufgrund der Eilbedürftigkeit war die Mittelbereitstellung über eine Dringlichkeitsentscheidung erforderlich.

Die notwendigen Finanzierungsbedarfe werden durch Veränderungsblätter in die Beratungen des Haushalts 2016 gegeben.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0907/2015**

**Gesundheitsprogramm für eine umfassende Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende – Zugang zur medizinischen Regelversorgung
Rahmenvereinbarung gem. § 264 SGB V für die Krankenversorgung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP gegen die Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlages** (wie Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung) zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt dem freiwilligen Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, 1a Asylbewerberleistungsgesetz in Nordrhein-Westfalen zu.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, unmittelbar gegenüber dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege, Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) den Beitritt zur Rahmenvereinbarung zu erklären und mit der Techniker Krankenkasse (TK) zeitnah konkrete Absprachen und Vereinbarungen zur zügigen Umsetzung zu treffen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kostenentwicklung und die Entlastungen im Verwaltungsbereich zu evaluieren und dem Rat im 4. Quartal 2017 einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

4. Der Rat der Stadt Münster stimmt den unter Ziffern II.2. und 4. vorgeschlagenen befristeten Stellenvermehrung zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

1. Die entstehenden Kosten für die Einführung der Gesundheitskarte, die sich zusammen setzen aus den Erstattungen der medizinischen Behandlungskosten an die Krankenkasse und den Verwaltungskosten, sind im Rahmen der Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu finanzieren, ggf. in der Produktgruppe entstehende Mehrkosten sind z.Zt. nicht kalkulierbar.

2. Die mit der Einführung der Gesundheitskarte einmalig entstehenden Personalaufwendungen sind auf Basis der durchschnittlichen städtischen Personalkosten für die vorgesehene Eingruppierung ermittelt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhaltes			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2016	79.100	1 VZÄ EGr 10 für 3 Monate und maximal 4 VZÄ EGr 8 für 4 Monate

Für die Ausstattung der Büroarbeitsplätze fallen Sachkosten in Höhe von rd. 15.360 € an, die in anderen Teilergebnisplänen vorzusehen sind.

Der für die zusätzlich einzurichtenden Stellen bereit zu stellende Büroraum ist an zentraler Stelle vorzuhalten.“

Punkt 4 der Tagesordnung V/0879/2015	Konversionsprozess der York- und Oxford-Kaserne: Projektplanung bis zur Ankaufsentscheidung
---	--

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0813/2015	Evaluationsbericht zum Einsatz einer halben Personalstelle zur Vermeidung von Umzügen in Wohn- und Pflegeheimen
---	--

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0792/2015	Aufgabenerweiterung in der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
---	--

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die in dieser Vorlage beschriebenen pflichtigen Aufgabenerweiterungen für den Bereich der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung zur Kenntnis.
2. Zum Stellenplan 2016 werden für die Wahrnehmung der neuen Pflichtaufgaben 1,00 Stelle EGr. 13 TVöD für Tierärztinnen bzw. Tierärzte im Teilergebnisplan 02.11 eingerichtet. Weiterhin werden befristet bis zum 31.12.2016 0,26 Vollzeitäquivalent EGr. 5 für Verwaltungstätigkeiten bereitgestellt.
3. Die Maßnahme 2 aus der Anlage 1d der Vorlage V/0702/2012 „Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2)“, nämlich die Zusam-

menfassung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes mit dem Gesundheitsamt mit der Folge einer Personaleinsparung in Höhe von mindestens 0,5 Stelle (A 15), ist damit umgesetzt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	02.11	Veterinär- und Lebensmittel- angelegenheiten	2016		
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2016 ff	5.800	Zusätzliche Gebührenein- nahme
	11	Personalaufwendungen	2016 2017 ff.	92.820 € 81.520 €	Personalauf- wendungen

Die Verwaltung wird zu den Etatberatungen entsprechende Veränderungsblätter fertigen.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0856/2015

Sachstandsbericht: Weiterer Umgang mit dem Ge- bäude der Stadthalle Hiltrup

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage in die nächste Beratungskette zu schieben und die Beschlussfassung damit zu vertagen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0732/2015

Personelle Unterstützung für zwei Jubiläumsaus- stellungen 2017 und 2018 im Stadtmuseum Müns- ter

Frau Kubig-Steltig erläuterte den an die Mitglieder des Ausschusses verteilten folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

„1./2. Neu:

1. *Die Konzeption und Organisation der geplanten Jubiläumsausstellungen 2017 und 2018 im Stadtmuseum übernehmen zwei getrennte, dafür zu gründende externe Projektgesellschaften.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür jeweils getrennte globale Kostenbudgets zu entwickeln und den Gremien zur Beschlussfassung vorzuschlagen; dabei werden die in der Mittelbereitstellung / Finanzierung genannten Haushaltsansätze als städtisches Gesamtbudget i.H.v. 172.510 € zugrunde gelegt – diese Mittel werden in dieser Höhe in den Haushaltsplan eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen, der durch den Rat im Rahmen der unter 2. Genannten Beschlussvorlage aufgehoben werden kann.*
3. *Die Projektgesellschaften werden beauftragt, Drittmittel einzuwerben.*

Es werden keine Personalstellen im Stellenplan 2016 eingerichtet.“

Frau Kubig-Steltig erklärte, der Antrag sei nur eingebracht. Darüber solle im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen werden.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0381/2015	Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention 1. Bericht über den Stand der Umsetzung
---	--

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage in die nächste Beratungskette zu schieben und die Beschlussfassung damit zu vertagen.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0734/2015	Das Konzept einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
--	---

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Städtisches Handeln ist auf gute Erziehungs-, Bildungs- und Lebensperspektiven für unsere Kinder und Jugendlichen ausgerichtet. Es schafft Grundlagen und Rahmenbedingungen, dass Kinder und Jugendliche ihr verfassungsmäßiges Recht auf Bildung und Erziehung (Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Landesverfassung) bestmöglich ausüben können. Gelingende Bildungsbiographien für jedes einzelne Kind im Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung zu ermöglichen, ist dabei die übergreifende Zielsetzung kommunalen Handelns.

Die hierzu gehörenden Wirkungsprozesse finden an unterschiedlichen Orten statt. Sie sind formaler und non-formaler Art. Sie sind Gegenstand von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

1. Der Rat beschließt, die Bildungsplanungen im Bereich der Jugendhilfe und der Schulentwicklung intensiver als bisher systematisch zueinander in Beziehung zu setzen. Ausgehend von einem erweiterten Bildungsbegriff soll dadurch sukzessive eine Bildungslandschaft entstehen, die geeignet ist, das gesamte Bildungsgeschehen im individuellen Lebensverlauf in den Blick zu nehmen, um die Anpassung und Entwicklung der Bildungsstrukturen im Sinne der genannten Zielsetzung zu ermöglichen.
2. Um dies zu erreichen, beschließt der Rat
 - a. die Einführung einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in Verbindung mit einem Bildungsmonitoring sowie einer sozialraumbezogenen Bildungsberichterstattung und –planung;
 - b. als erstes Teilprojekt dieser gemeinsamen Planung die Neukonzeptionierung der Schulsozialarbeit in Verbindung mit
 - c. - der Entwicklung eines stadtweiten Indikatorenmodells zur Ermittlung der allgemeinen Bedarfe
- zwei sozialraumbezogenen Modellprojekten mit besonderem Schwerpunkt auf die Einbeziehung der Fachkräfte aus Schule und Kinder- und Jugendhilfe, Politik sowie ggf. weitere Akteure aus Gesundheit, Sport und Kultur
 - d. die Bereitstellung der dafür notwendigen zusätzlichen Personalressourcen für den Zeitraum 01.04.2016 – 31.03.2019, sofern der u. g. Förderantrag bewilligt wird:

- 1,00 Vollzeitäquivalent (VZÄ) für das Bildungsmanagement
- 1,00 VZÄ für des Aufbau des Bildungsmonitorings

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis,
- a. dass den Planungen und der Berichterstattung jährlich Schwerpunktthemen zugeordnet werden (Bildungsbericht),
 - b. dass die Transferagentur für Großstädte das Vorhaben konzeptionell begleitet und zur Unterstützung dieses Vorhaben ein Förderantrag beim Programm „Bildung integriert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Ziel einer Personalstellenförderung für das Bildungsmanagement gestellt wurde,
 - c. dass bei Bedarf eine Bildungskonferenz durchgeführt wird, die der Reflexion und Zukunftsorientierung der städtischen Bildungslandschaft dient,
 - d. Der Antrag
 - aa. von Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Erziehungsauftrag in Schule und Jugendhilfe ‚aus einer Hand‘ - Bildungsqualität sichern und entwickeln“ vom 26.08.2014 wird mit dieser Vorlage aufgegriffen und erledigt
 - ba. von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD „Die Grundschulen und die weiterführenden Schulen als inklusive Lebens- und Lernorte weiterentwickeln“ vom 26.11.2014 wird mit dieser Vorlage in Teilen aufgegriffen. Eine Erledigung muss im Rahmen der künftigen Entscheidungen zur integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung erfolgen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zusätzlich entstehen Personalaufwendungen in vss. folgender Höhe (die Eingruppierung ist noch festzulegen):

2016	2017	2018	2019
€	€	€	€
118.690	158.260	158.260	39.570

Sie werden zu 50% durch Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Stelle Bildungsmanagement) bzw. durch Umschichtungen innerhalb der bestehenden Ansätze (zu 50%) ergebnisneutral finanziert. Da das Projekt maßgeblich von der Förderung durch den Bund abhängt und die Entscheidung darüber nicht mehr in diesem Jahr zu erwarten ist, kann der Etatentwurf 2016 nicht mehr über Veränderungsblätter angepasst werden. Eine positive Entscheidung vorausgesetzt, geschieht dies dann im Rahmen der Instrumente zur flexiblen Haushaltsführung oder über einen evtl. Nachtragshaushalt 2016.

Punkt 11 der Tagesordnung V/0759/2015

Neukonzeption der zeitnahen und potenzialorientierten Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen in Münster - Ausbau und Weiterentwicklung der kommunalen Konzeption

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat stimmt dem Ausbau und der Weiterentwicklung der kommunalen Konzeption zur zeitnahen und potenzialorientierten Beschulung von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern im Regelschulsystem zu.
2. Die hierfür erforderlichen personellen Ressourcen werden für die Jahre 2016 ff. wie folgt bereitgestellt.
 - 2.1 Die bereits bestehenden befristeten Positionen (s. V/0697/2014/1)
 - 0,50 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Bildungsberatung
 - 0,50 BesGr. A 10 Sachbearbeiter/-in Verwaltung Bildungsberatung
 - 0,50 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Umsetzung Sprachförderung Erstaufnahme
 - 1,00 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Fallscout Grundschulen werden entfristet.
 - 2.2 Um bereits eingetretenen Steigerungen im Zuge der Neukonzeption Rechnung zu tragen, erfolgt ab dem 01.01.2016 eine Aufstockung der Personalressourcen um
 - 0,50 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Bildungsberatung
 - 0,50 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Umsetzung Sprachförderung Erstaufnahme
 - 1,00 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Fallscout Grundschulen
 - 1,15 EGr. 5 Sekretär/-in div. Schulen
 - 2.3 In Erwartung steigender Flüchtlingszahlen ist ab dem 01.05.2016 bedarfsabhängig eine weitere Aufstockung der Personalressourcen vorgesehen:
 - 3,00 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Bildungsberatung
 - 1,00 BesGr. A 10 Sachbearbeiter/-in Verwaltung Bildungsberatung
 - 2,00 EGr. S 11 Sachbearbeiter/-in Umsetzung Sprachförderung Erstaufnahme

Die Inanspruchnahme erfolgt nur bei konkretem Bedarf, d.h. in Abhängigkeit von der tatsächlichen Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Die Verwaltung prüft, ob der ab 01.05.2016 bereits absehbare Mehrbedarf ggf. anteilig durch verwaltungsinterne Umschichtungen und/oder Verlagerungen von vorhandenen Ressourcen und/oder Kooperationen mit Dritten reduziert werden kann. Die Verwaltung wird dazu im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government berichten.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zusätzlicher Sachaufwand für Sprachförderung, Schülerfahrkosten, Schulbuchkosten etc. entsteht.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass ohne eine Aufstockung der personellen und sächlichen Ressourcen die Neukonzeption der zeitnahen und potenzialorientierten Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen nicht weitergeführt werden kann.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, über die Sprachfördermaßnahmen für Schulpflichtige hinaus, ein über Drittmittel (Spendenaufkommen/Stiftungsmittel) finanziertes differenziertes Sprachförder- und Unterstützungsprogramm für den Übergang Schule/Beruf sowie den beruflichen Einstieg in Kooperation mit der Wirtschaft/den Kammern zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist auch die zusätzliche Qualifizierung von Lehramtsstudierenden als DaZ-Förderkräfte in Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität zu berücksichtigen. Programme und Fördermöglichkeiten, die Bund und Land eröffnen, werden hierbei berücksichtigt.

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Evaluierung der im Zuge der Neukonzeption der Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen entwickelten Maßnahmen am Ende des Schuljahres 2015/2016 durchgeführt wird.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der in den meisten städtischen Grundschulen und auch weiterführenden Schulen ausgeschöpften Raumkapazitäten durch die Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen voraussichtlich an einzelnen Schulstandorten zusätzliche Schulraumbedarfe entstehen werden. Hierfür werden im Finanzplan zusätzlich Mittel in Höhe von 1.225.000,00 € für 2016 bereit gestellt.
8. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welchen Schulstandorten zusätzliche Raumkapazitäten durch temporäre oder auch Massivbaulösungen erforderlich sind und das Ergebnis der Prüfung dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, den Rat im Hinblick auf eventuell notwendig werdende bedarfsorientierte Nachsteuerungen laufend zu unterrichten.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber Land und Bund deutlich zu machen, dass eine erfolgreiche Teilhabe an Bildung für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche nur durch erhebliche zusätzliche Anstrengungen gelingen kann. Die Stadt Münster wendet hierfür kommunale Ressourcen in beträchtlichem Maße auf und erwartet von Land und Bund eine Beteiligung hieran.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2016 werden zusätzliche Finanzmittel für die Schaffung temporärer Lösungen in Höhe von 1.000.000,00 Mio. € und für Voruntersuchungen zur Erweiterung von Schulgebäuden in Massivbau in Höhe von 150.000,00 € veranschlagt. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel in Höhe von 75.000,00 € für die lfd. Beschaffung von Mobiliar bereitgestellt.

Die Mittel werden wie folgt veranschlagt:

Finanzielle Auswirkungen (Finanzplan) für 2016

Teilfinanzplan				Entwurf 2016 alt	Ansatz neu	Veränderung
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen				
Investitions- Maßnahme	4530	Fertigbauklassen Grundschulen				
		Auszahlung für Baumaßnahmen	2016	500.000	1.380.000	880.000
			2017	500.000	500.000	0
		Auszahlung für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	2016	30.000	150.000	120.000
			2017	30.000	30.000	0
		gesamt		1.060.000	2.060.000	1.000.000
	4590	Erw. Grundschulen				
		Auszahlung für				

		Baumaßnahmen	2016	100.000	250.000	150.000
	0010	Besch: von Mobiliar u.a.				
		Auszahlung für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	2016	209.600	284.600	75.000

Die Verwaltung fertigt die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt 2016.

Finanzielle Auswirkungen (Ergebnisplan) für 2016 ff

Für die Umsetzung der Maßnahmen entstehen die in der Anlage 1 im Detail aufgeführten Kosten. Die Auswirkungen auf den Etat 2016 ff stellen sich insgesamt wie folgt dar:

	Nr.	Bezeichnung	Entwurf 2016	Neu 2016 neu (in €)	Mehrbedarf 2016 (in €)	Mehrbedarf 2017 (in €)	Mehrbedarf 2018 (in €)	Mehrbedarf 2019 (in €)
Produktgruppe 0302 Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte								
Zeile	11	Personalaufwendungen	138.650	502.910	364.260	444.650	581.130	581.130
Zeile	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00 €	237.340	237.340	237.340	237.340	237.340
Zeile	15	Transferaufwendungen	175.000	233.850	58.850	58.850	58.850	58.850
Zeile	16	ordentliche Aufwendungen	59.500	588.300	528.800	528.800	528.800	528.800
gesamt			373.150	1.562.400	1.189.250	1.269.640	1.406.120	1.406.120

Die Verwaltung fertigt die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt 2016 ff.

Die Vorlage geht, bezogen auf die Erstaufnahmeeinrichtungen, von einer Versechsfachung der aktuellen Zahl der neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler aus. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Anpassung der in der kommunalen Erstaufnahmeeinrichtung und für Schulen vorgehaltenen Leistungen insgesamt in Abhängigkeit zu den tatsächlichen Flüchtlingszahlen erfolgt. Bei einem geringeren Anstieg der Zahl der Flüchtlinge, die nach Münster kommen, verringert sich die Inanspruchnahme entsprechend.

Punkt 12 der Tagesordnung V/0948/2015

Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Münster

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage in die nächste Beratungskette zu schieben und die Beschlussfassung damit zu vertagen.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0976/2015

Warnung und Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen in Münster / Entsperrung von Haushaltsmitteln

Herr Berens erklärte, warum er für seine Fraktion der Vorlage so nicht zustimmen könne. Herr Fritzen beantwortete die hierzu gestellten Fragen.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass - wie bereits schriftlich angekündigt – in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages anstelle „der Rat nimmtzur Kenntnis“ es heißen müsse „der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt ...zur Kenntnis“. Hierzu bestand Einvernehmen.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government fasste so dann mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt das Konzept zur Warnung und Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen in Münster zur Kenntnis.
2. Die im Zuge der Beratung des Haushaltsplanes 2015 ff durch den Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government in der Sitzung am 27.11.2014 in der Produktgruppe 0209 unter der Maßnahme-Bezeichnung „Aufbau Sirensensystem“ (Investitionsmaßnahme Nr. 4400) gesperrten Haushaltsmittel werden entsperrt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan:

Keine, die über die seinerzeit im Haushaltsplan 2015 und aktuell auch im Haushaltsplan 2016 bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Haushaltsmittel hinausgehen.

Teilergebnisplan:

Zur Wartung und Instandhaltung des Sirensensystems sind in der Produktgruppe 0209 Folgekosten in Höhe von 25.000 p.a. zu veranschlagen. Siehe hierzu auch Ziffer 8 b der Begründung.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0880/2015**

Einsatz von Defibrillatoren durch die Stadt Münster

Den Ausschussmitgliedern lag der Beratungsverlauf der vorhergehenden Gremien vor.

Nach kurzer Diskussion empfahl der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government dem Rat einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion, folgenden Beschluss zu fassen (wie Ausschuss für Schule und Weiterbildung):

1. **Für die Beschaffung der AED für Schwimmbäder (sowie von Piktogrammen als Hinweisschilder) werden einmalig 10.000 Euro in den Haushalt 2016 eingestellt sowie die entsprechenden Summen für die Wartung der AED. Die Schulung der Fachkräfte erfolgt dabei grundsätzlich durch den Hersteller der AED**
2. **Für die Förderung des Reanimationstrainings in weiterführenden Schulen, u.a. auch im bereits jetzt schon planmäßigen Vermitteln in Erste-Hilfe-Kursen, werden 5.000 Euro jährlich eingestellt.**
3. **Die Verwaltung legt einen entsprechenden Bericht zur Umsetzung bis zu Sommerpause 2016 vor sowie eine genaue Ermittlung der bisher nur grob geschätzten Wartungskosten.**
4. **Die Anschaffung wird über Restmittel des Sportetats gegenfinanziert.**

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0705/2015**

Zwischenbericht zur Umsetzung von organisatorischen Optimierungen im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage in die nächste Beratungskette zu schieben und die Beschlussfassung damit zu vertagen.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0953/2015**

Organisationsuntersuchung im Amt für Immobilienmanagement / erste Ergebnisse und weiteres Vorgehen

Aus der CDU-Fraktion wurde der Antrag gestellt, entsprechend dem Beschluss im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen abzustimmen.

Herr Reiners hatte zunächst einige Fragen zu der Vorlage, auf die Herr Heuer eingehend antwortete. Er ging dabei ausführlich auf die nächsten Schritte im weiteren Verfahren ein. Herr Willamowski ergänzte die Ausführungen, insbesondere zu den einzelnen zu entsperrenden Stellen bzw. den kw-Vermerken.

Herr Heuer ergänzte eine Empfehlung des Verwaltungsvorstandes, die beiden Sachbearbeiterstellen A 12 / Immobilienverkehr aufgrund des sehr hohen Handlungsdrucks im Bereich der Wohnbaulandbeschaffung unbefristet zu entsperren. Hierzu wurde von Seiten der Politik einvernehmlich festgehalten, einen evtl. Beschluss erst im Haupt- und Finanzausschuss zu treffen.

Nach intensiver Diskussion beschloss der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government sodann einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion - entsprechend dem Beschluss im Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen - dem Rat die Annahme des **Punktes 3 der Vorlage** (wie Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen) zu empfehlen:

3. Der Rat beschließt

- 3.1 die Entsperrung von 10 Stellen für das Amt für Immobilienmanagement, die zum Stellenplan 2015 beschlossen, aber gesperrt wurden,
- 3.2 die Entsperrung einer 1,0 Stelle, die zum Stellenplan 2016 für das Amt für Schule und Weiterbildung vorgeschlagen wird und
- 3.3 die Aufhebung der kw-Vermerke zu insgesamt 4,5 Stellen im Amt für Schule und Weiterbildung, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie im Sportamt.“

Die weiteren Beschlussvorschläge wurden ohne Beschlussfassung geschoben.

Im Anschluss informierte Herr Heuer noch über eine weitere personelle Entwicklung im Amt für Immobilienmanagement:

Die Mitarbeiter/-innen des Amtes für Immobilienmanagement seien derzeit auch stark eingebunden in die Flüchtlingsproblematik. U.a. für diesen Aufgabenbereich seien aktuell 10 Ingenieur/-innen und Techniker/-innen befristet beschäftigt. Nachdem kürzlich bekannt geworden war, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW für den Standort Münster unbefristete Stellen ausgeschrieben hatte, habe die Verwaltung kurzfristig entschieden, 5 der bei der Stadt befristet Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag anzubieten, da ansonsten mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Teil der Genannten zum BLB gewechselt wären. Aufgrund der spezifischen Situation sei die sofortige unbefristete Übernahme notwendig gewesen.

Sowohl Herr Leschniok von der CDU-Fraktion als auch Frau Dr. Jäger von der SPD-Fraktion erklärten, dass sie mit dem Vorgehen der Verwaltung formal nicht einverstanden seien. Es gehöre zum Primat der Politik, solche Entscheidungen zu treffen. Hier hätte zum Beispiel das Instrument der Dringlichkeitsentscheidung einsetzen können. Beide zeigten Verständnis für die besondere Situation, wiesen aber darauf hin, dass es sich um eine einmalige Ausnahme handeln müsse. Herr Heuer bestätigte, dass ein solches Vorgehen eine Ausnahme bleiben werde.

**Punkt 17 der Tagesordnung
V/0868/2015**

**Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2016
- Finanzplan 2016 - 2020**

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 18 der Tagesordnung
V/0815/2015**

Wirtschaftsplan 2016 der citeq

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss **einstimmig**, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan der citeq zu empfehlen.

**Punkt 19 der Tagesordnung
V/0951/2015**

Wirtschaftsplan 2016 von Münster Marketing

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government beschloss **einstimmig**, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan von Münster Marketing zu empfehlen.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 18.35 Uhr – 18.55 Uhr.

Punkt 20 der Tagesordnung

Stellenplan-Entwurf 2016 der Stadt Münster

An die anwesenden Mitglieder waren einige Haushalts- bzw. Stellenplananträge der Fraktionen verteilt worden. Frau Dr. Stein-Redent erläuterte kurz die Vorgehensweise zur Beratung des Stellenplanes. Sie bat die Mitglieder, Anträge der Fraktionen jeweils zu den einzelnen Unterpunkten zu stellen.

Die Beratung des Stellenplans brachte im Einzelnen folgende Ergebnisse:

1. Anträge zum Stellenplan

Für die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde folgender gemeinsamer Antrag gestellt:

„Für das Jahr 2017 ergeht ein Stellenmoratorium: keine Stellenhebungen ab A 14“. Der Antrag wurde mündlich begründet. Herr Heuer gab den Hinweis, dass keine bindenden Beschlüsse für den Haushalt 2017 gefasst werden sollten. Es ergab sich eine kontroverse

Diskussion, in deren Verlauf neben den Ausschussmitgliedern auch der Personalrat und die Frauenbeauftragte ihre kritischen Stellungnahmen abgaben.

Herr Sagel stellte den Antrag, dass sich der Ausschuss nicht mit dem gemeinsamen Antrag befasse. Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag zum Stellenmoratorium wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP angenommen.

Sodann wurde für die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL der Antrag gestellt, die Beschlussfassung zu den Stellenvermehrungen bei der Feuerwehr (Ziffer 4.1.4, lfd. Nr. 1 im Stellenplanentwurf, S. 45) heute nicht zu treffen und in nächste Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government im Februar 2016 zu schieben. Herr Heuer nahm ausführlich zu diesem Antrag Stellung und bat den Ausschuss dringend darum, die Entscheidung nicht in das kommende Jahr zu verlagern. Er begründete dies eingehend. Es ergab sich eine intensive Diskussion, zu deren Ende Herr Leschniok den gemeinsamen Antrag dahingehend veränderte, in dem er beantragte, die Beschlussfassung zu der Nr. 1 zu Ziffer 4.1.4 im Stellenplanentwurf in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben.

Dieser geänderte Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP angenommen.

2. Stellenvermehrungen und zeitlich befristete Projekte

Herr Berens stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag und begründete ihn:
 „1. Stellenvermehrungen werden nur in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Feuerwehr und Flüchtlingsbetreuung vorgenommen.
 2. Weitere von der Verwaltung angemeldete Stellenvermehrungen werden zurückgestellt“

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Herr Köhn stellte für die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden gemeinsamen Antrag:
 „Einrichtung einer E 13-Stelle für die konzeptionelle Entwicklung und Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Münster sowie Akquise und Entwicklung von Projekten“. Die Stelle solle im Dezernat VI angesiedelt werden.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie DIE LINKE angenommen.

Herr Köhn stellte den Antrag auf Neueinrichtung einer 0,5-Stelle in E08 zur Stärkung des Außendienstes im Ordnungsamt.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP angenommen.

Frau Kubig-Steltig stellte für die SPD-Fraktion den Antrag, in der Villa ten Hompel 2 x 0,25 Stelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/-in einzurichten (Aufstockung der bisherigen Stellenanteile).

Die Abstimmung über den Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der Ratsgruppe

Piraten/ÖDP ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss geschoben.

2.1 Wachsende Stadt (S. 18 ff. Entwurf 4.1.1)

1 Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
61	2,00	EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung	
61	1,00	EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Architekt/-in, Stadtgestaltung, Stadtbildpflege	
61	3,00	EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Stadtplanung, Städtebau, Raumplanung/ Öffentlichkeitsarbeit Konversion britischer Truppenstandorte	31.12.2018
Mehraufwand		Deckung		
284.760 €		Eckwerterhöhung, 1,00 bereits veranschlagt		

Frau Kubig-Steltig stelle für die SPD-Fraktion den Antrag, die Stelle 1,0 E 11 Sachbearbeiter/-in Architekt/-in Stadtgestaltung, Stadtbildpflege aus der Vermehrungsliste zu streichen. Ein gleichlautender Antrag lag von den Fraktion CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP angenommen.

Herr Sagel stellte zur Position 3 die Frage nach der Befristung, die Herr Willamowski beantwortete. Herr Sagel stellte den Antrag auf Entfristung der 3 Stellen.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich sodann mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mit den übrigen Stellenvermehrungen einverstanden.

2 Neubau, Umbau und Erweiterung von städtischen Gebäuden				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
23	0,50	EGr. 3	Sachbearbeiter/-in Kontrolle/ Eingabe Zählerstände, Rechnungskontrolle/-ablage	31.12.2016
Mehraufwand		Deckung		
19.550 €		Eckwerterhöhung, freie Stellenanteile		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP mit der Stellenvermehrung einverstanden.

3 Bauaufsicht und baurechtliche Beratung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
63	2,00	EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Bauanträge, Voranfragen	30.06.2018
Mehraufwand 143.380 €		Deckung Eckwerterhöhung		

Herr Sagel beantragte die Entfristung bei Einrichtung der Stellen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

4 Abwasserbeseitigung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
66	1,00	EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Betreuung des Kanalnetzdateninformationssystem	
Mehraufwand 55.230 €		Deckung Abwassergebühren		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

2.2 Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen (S. 25 ff. Entwurf 4.1.2)

1 Kindertagesbetreuung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	7,78	EGr. S 6	Erzieher/-in div. Kindertageseinrichtungen	
51	11,50	EGr. S 6	Erzieher/-in div. Kindertageseinrichtungen	
51	2,36	EGr. S 6	Erzieher/-in Kindertagesstätte Berg Fidel	
51	0,29	EGr. 2	hausw. Gehilfin Eichendorff-Kindergarten	
51	0,61	A 10	Sachbearbeiter/-in Verwaltung Kindertageseinrichtungen	31.12.2017
51	1,00	A 10	Finanzierung Kindertageseinrichtungen	
51	0,75	A 10	Sachbearbeiter/-in Finanzierung Kindertageseinrichtungen, Platzbörse	31.12.2017
51	1,00	A 12	Sachbearbeiter/-in Umsetzung u3-Ausbau	31.12.2017
Mehraufwand 1.227.840 €		Deckung anteilig Eckwerterhöhung, Landeszuschüsse, Mittelumschichtung, Elternbeiträge/ Verpflegungskostenpauschale		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

2 Indirekte Leistungen des Schulträgers: Offener Ganzttag				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	5,30	EGr. S 6	Erzieher/-in div. Schulen	
51	0,06	EGr. S 6	Erzieher/-in/ Gruppenleiter/-in div. Schulen	
51	5,00	PraktE.	Berufspraktikanten Erzieher/-in	
51	154.650 €		Mittel zur Beschäftigung Niedrigzeitkräfte	
Mehraufwand		Deckung		
2016: 271.710 €		anteilig Elternbeiträge, Eckwerterhöhung		
2017ff.: 508.130 €				

Frau Kubig-Steltig stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„In 2016 werden keine weiteren Planstellen für Fachkräfte im OGS-Bereich (5,30 Stellen) geschaffen. Stattdessen soll die Betreuung durch freie Träger entsprechend der Zielvorgabe des AKJF ausgebaut werden. Derzeit liegt der Trägeranteil im OGS-Bereich bei 8 %. Für die Betreuung durch freie Träger werden finanzielle Mittel in Höhe der im Stellenplan vorgesehenen Stellen bereitgestellt.“

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD- und FDP-Fraktion mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

Es lag folgende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien aufgrund eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor:

„Die Aufstockung der Gruppenleitungsstellen um 0,5 Wochenstunden für 2015 wird in 2016ff fortgeführt. Dafür werden in den Haushalt 2016ff 90.000,00 € eingestellt. Darüber hinaus werden als 1. Schritt für die Freistellung der Koordinationsfachkräfte an Schulen mit 5 und mehr Gruppen ab dem 2. Schulhalbjahr (1.8.2016) 52.000,00 €, ab 2017ff 125.000,00 € in den Haushalt eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu zeitnah ein Konzept nach den Kriterien Größe der OGS und Sozialindikator zu erstellen.“

Herr Maser erklärte dazu, die hier genannten Beträge korrespondierten mit 1,9 Planstellen bei 90.000 € und mit 2,64 Planstellen bei 125.000 €, die entsprechend einzurichten seien.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

3 Indirekte Leistungen des Schulträgers: Gebundener Ganzttag				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	1,00	EGr. S 6	Erzieher/-in Springer/-in Krankheitsvertretung	
Mehraufwand		Deckung		
47.290 €		anteilig Elternbeiträge, Eckwerterhöhung; Fluktuationseffekte		

4 Indirekte Leistungen des Schulträgers: Schulsozialarbeit				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	0,85	EGr. S 12	Schulsozialarbeiter/-in	
Mehraufwand 45.960 €		Deckung vorhandene Mittel		

5 Direkte Leistungen des Schulträgers: Verbesserung d. beruflichen Chancen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	2,00	EGr. 11/12	Sachbearbeiter/-in Kommunale Koordinierung	gem. Förderdauer
Mehraufwand 153.260 €		Deckung Landesmittel		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

6 Direkte Leistungen des Schulträgers: Bereitstellung, Verwaltung Schulgebäude				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	1,00	EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Raumbedarfe und Ausstattungsmaßnahmen, Sicherheitskonzepte	31.12.2017
Mehraufwand 55.230 €		Deckung Eckwerterhöhung		

Herr Sagel beantragte die Entfristung bei Einrichtung der Stellen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

7 Direkte Leistungen des Schulträgers: Unterstützung Ganztagsangebote				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	1,00	EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Hygieneüberwachung, Dienstleistungskonzessionen Mittagsverpflegung	
Mehraufwand 55.230 €		Deckung Eckwerterhöhung		

8 Direkte Leistungen des Schulträgers: Lernförderung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	0,75	EGr. 13	Pädagogische Fachkraft Organisation Lernförderung BuT	
Mehraufwand 61.140 €		Deckung Dauerhaft erhöhter Anteil des Bundes an den Kosten SGB II/ SGB XII		

9 Direkte Leistungen des Schulträgers: Städtisches Personal in Schulen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	0,45	EGr. 5	Sekretärin Gesamtschule II	
Mehraufwand		Deckung		
19.550 €		Eckwerterhöhung		

Hierzu erklärte die Verwaltung, dass entsprechend dem Ratsbeschluss zur Vorlage V/0016/2015 zwei 0,5-Stellen S 11 Schulsozialarbeit eingerichtet wurden, die in den Stellenplanentwurf aufgenommen werden sollten. Dies wurde irrtümlich versäumt und werde nun hiermit nachgeholt. Die Vermehrung wird um 2 x 0,5 Stellen S 11 ergänzt.

10 Bezirkliche Sozialarbeit				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	1,00	EGr. S 14	Sachbearbeiter/-in Bezirkssozialarbeit	
Mehraufwand		Deckung		
58.580 €		Eckwerterhöhung		

11 Eingliederungshilfe				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	0,50	EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Eingliederungshilfe	
51	1,00	EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Planung Eingliederungshilfe für Kinder mit Mehrfachbehinderungen	
Mehraufwand		Deckung		
81.110 €		Eckwerterhöhung		

12 Schutz von Kindern und Jugendlichen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	0,28	EGr. S 11	Sachbearbeiter/-in Präventionsteam Familienbesuche	
Mehraufwand		Deckung		
14.640 €		Eckwerterhöhung		

13 Beistandschaften und Vormundschaftshilfen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	0,38	A 10	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsvorschuss	
Mehraufwand		Deckung		
23.790 €		Vorschussrückzahlungen		

14 Offene Kinder- und Jugendarbeit				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	0,22	EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Planung und Koordination Konzerte und Veranstaltung Jib/ Gleis 22	
Mehraufwand		Deckung		
12.150 €		Mittelumschichtung/ Konzert-/Veranstaltungsumsätze		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (Ifd. Nr. 7 – 14 einschließlich der Ergänzung zu Nr. 9) einverstanden.

2.3 Hilfen für Flüchtlinge (S. 39 ff. Entwurf 4.1.3)

1 Ausländerangelegenheiten				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
36	1,00	A 8	Sachbearbeiter/-in Ausländerrecht	
Mehraufwand		Deckung		
45.950 €		Eckwerterhöhung		

2 Sicherung des Lebensunterhalts: Leistungen nach dem AsylbLG				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
50	1,00	A 12	Fachstellenleiter/-in AsylbLG, Schüler-BaföG, USG	
50	1,00	A 11	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	
Mehraufwand		Deckung		
131.540 €		Eckwerterhöhung		

3 Sicherung besonderer sozialer Bedarfe: Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
50	10,59	EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Sozialdienst Flüchtlinge	
50	7,80	EGr. 4	Hauswart/-in Flüchtlingseinrichtungen	
50	1,00	A 11	Sachbearbeiter/-in Unterbringung Flüchtlinge, Wohnraumakquise	
Mehraufwand		Deckung		
(942.870 €)		bereits veranschlagt (Eckwerterhöhung)		

Die Verwaltung gab den Hinweis, dass die A 11-Stelle als S 12-Stelle eingerichtet werde.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen zu Ziffer 2.3 (einschließlich des geänderten Stellenwertes) einverstanden.

2.4 Sicherheit – Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (S. 44 ff. Entwurf 4.1.4)

1 Gefahrenabwehr Feuerwehr / Rettungsdienst (übergreifend)				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
37	19,00	div.	Einsatzdienst – Personalkapazität 48 Std.-Dienst	
37	3,00	A 11	Wachabteilungsleiter/-in	

37	2,00	A 11	Leitstellenschichtführer/-in	
37	11,00	div.	Einsatzdienst – Anpassung Personalfaktor	
37	1,00	A 12	Wachleiter/-in Feuerwache 1	
37	1,00	A 9 mD	Sachbearbeiter/-in Atemschutzgerätewart	
Mehraufwand 2.081.760 €		Deckung Eckwerterhöhung, anteilig Rettungsdienstgebühren, Wegfall opt out-Zulagen, reduzierte Mehrarbeit		

Die Beschlussfassung zu dieser lfd. Nr. 1 wurde geschoben (siehe unter 1.)

2		Organisationsmanagement		
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
10	2,00	A 13 gD/ A 12	Sachbearbeiter/-in Organisation und IT-Management	1 Jahr
Mehraufwand 137.860 €		Deckung Eckwerterhöhung		

Frau Kubig-Steltig beantragte für die SPD-Fraktion, die Stellenvermehrung zu streichen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Für die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde beantragt, anstelle der 2,0 Stellen nur 1,0 Stelle einzurichten.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe Piraten/ÖDP bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit der restlichen 1,0 Stellenvermehrung einverstanden.

2.5 Übrige Bereiche (S. 50 ff. Entwurf 4.1.5)

1		Verwaltungsführung		
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
00	1,00	A 14	Sachbearbeiter/-in Verwaltungsmanagement	
Mehraufwand 90.790 €		Deckung Eckwerterhöhung, anteilig freier Stellenanteil		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

2				
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Onlinepublikationen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
13	1,00	EGr. 12	Sachbearbeiter/-in Umstellungsarbeiten Typo3 und responsive Design	31.03.2016
13	0,37	EGr. 13	Sachbearbeiter/-in Schriftenredaktion, Betreuung web to print-Portal	30.06.2016
Mehraufwand		Deckung		
35.600 €		Eckwerterhöhung		

Die SPD-Fraktion beantragte die Streichung beider Positionen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

3				
Organisationsmanagement				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
10	1,75	EGr. 9/12	Sachbearbeiter/-in Sanierung Stadthaus 1 und mittelfristige Büroflächenplanung	31.12.2020
10	0,50	A12	Sachbearbeiter/-in Bestands- und Prozessanalyse Beschaffungsmanagement	31.12.2016
Mehraufwand		Deckung		
157.960 €		Eckwerterhöhung		

Die SPD-Fraktion beantragte, die Vermehrung in der Position 1 um 0,75 zu streichen, auf 1,0 zu reduzieren und des Weiteren die 1,0 Position dann nur bis Ende 2019 zu befristen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD- und FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

4				
Recht: Ausschreibungen und Vergaben				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
36	1,00	EGr. 12	Sachbearbeiter/-in IT-Beschaffungsmanagement	31.12.2016
Mehraufwand		Deckung		
82.070 €		Eckwerterhöhung, anteilig freie Stellen		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

5				
Ordnungsrechtlichen Angelegenheiten: Sicherheit bei Veranstaltungen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
32	0,50	A 10	Sachbearbeiter/-in allgemeine Ordnungsangelegenheiten, WC-Management, Graffiti,	
Mehraufwand		Deckung		
26.500 €		Eckwerterhöhung		

Die SPD-Fraktion beantragte die Streichung der Stelle. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Piraten/ÖDP abgelehnt.

6				
Ordnungsrechtlichen Angelegenheiten: Service- und Ordnungsdienst				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
32	0,50	EGr. 8	Sachbearbeiter/-in Service- und Ordnungsdienst	
Mehraufwand		Deckung		
24.980 €		Eckwerterhöhung		

Die SPD-Fraktion beantragte die Streichung der Stelle. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion abgelehnt.

Für die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde beantragt, die Einrichtung der Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die vom RPA angeforderte Stellungnahme des Ordnungsamtes zur Nutzung einer Software vorliegt, die genau dem in der Stellenbeschreibung genannten Zweck dienen soll.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP angenommen.

7				
Gewerberechtliche Angelegenheiten				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
32	0,50	A 10	Sachbearbeiter/-in Gaststättenwesen, Send- und Marktwesen	2 Jahre
32	0,34	A 11	Sachbearbeiter/-in gewerbeuntersagungsverfahren, Bekämpfung Schwarzarbeit	
Mehraufwand		Deckung		
47.780 €		Eckwerterhöhung, Erträge aus Bußgeldern		

Die SPD-Fraktion beantragte die Streichung der Position 0,5 Sachbearbeiter/-in Gaststättenwesen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

8				
Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten: Kfz-Zulassungswesen, Fahrerlaubnisse				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
32	2,00	A 7	Sachbearbeiter/-in Kfz-Zulassung, Fahrerlaubnisse	
32	1,00	EGr. 6	Springer/-in Kfz-Zulassung, Fahrerlaubnisse	31.12.2017
Mehraufwand		Deckung		
131.110 €		Eckwerterhöhung		

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragten, die 2,0 Stellen nicht in A7 sondern in E 6 einzurichten und auf 2 Jahre zu befristen.

Der Antrag und die so geänderte Ziffer 8 wurden mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP sowie der Ratsgruppe Piraten/ÖDP bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

9				
Bürgerangelegenheiten: Fundwesen				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
33	0,50	EGr. 5	Sachbearbeiter/-in Fundbüro	
Mehraufwand		Deckung		
21.730 €		Erstattung Stadtwerke		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

10				
Aufarbeitung und Darstellung der Stadtgeschichte durch Ausstellung				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
45	0,13	EGr. 13	Wiss. Mitarbeiter/-in Nachlass Ernst Bahn	15.03.2016
Mehraufwand		Deckung		
2.650 €		Eckwerterhöhung		

Die SPD-Fraktion beantragte die Streichung der Position. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der SPD-Fraktion abgelehnt.

11				
Sicherung des Lebensunterhalts: Grundsicherung im Alter				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
50	1,00	A 10	Sachbearbeiter/-in Leistungsgewährung SGB XII	
Mehraufwand		Deckung		
52.990 €		Eckwerterhöhung		

12				
Sicherung besonderer sozialer Bedarfe: Beratung und Leistungen bei Pflegebedürftigkeit, Betreuungsstelle				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
50	0,50	EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Fallmanagement für Senioren und Pflegebedürftige	
50	0,50	EGr. 5	Sachbearbeiter/-in Haushalt, Rechnungsstelle	
50	0,50	A 10	Sachbearbeiter/-in Heimaufsicht	
50	2,00	EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Betreuungsstelle	
Mehraufwand		Deckung		
183.400 €		Reduzierte Hilfe zur Pflege, Eckwerterhöhung		

13 Sicherung besonderer sozialer Bedarfe: Schwerbehindertenrecht				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
53	0,25	EGr. 3	Arzthelfer/-in Poolverwaltung SGB IX	
Mehraufwand		Deckung		
9.780 €		Landesmittel (Gutachtenpauschalen)		

14 Grundsicherung für Arbeitssuchende				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
53	0,25	EGr. 5	Sachbearbeiter/-in Assistenz med. Dienst SGB II, Vor-/Nachbereitung Gutachten	
59	0,64	EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Dienstleistungsmanagement, Amtswiki, Medienservice	
59	0,50	A 12	Fachstellenleiter/-in Maßnahmen, Perspektivzentrum	
59	0,50	EGr. 6	Sachbearbeiter/-in Assistenz Perspektivzentrum, Unterstützung BBQV	
59	2,00	EGr. S 11	Sachbearbeiter/-in Jobcoach	
59	1,00	EGr. S 18	Fachstellenleiter/-in Markt & Integration	
59	1,00	A 12	Fachstellenleiter/-in Leistungsgewährung SGB II, Modellprojekt Führung in Teilzeit	31.12.2017
59	2,00	A 10	Sachbearbeiter/-in Leistungsgewährung	
59	(18,00)	EGr. S 11 EGr. 9 EGr. 8	Sachbearbeiter/-in Jobcoach/ Assistenz „50plus“	
Mehraufwand		Deckung		
359.490 € (+ 934.230)		Eckwerterhöhung, 84,8 % Bundesmittel, Eingliederungstitel		

15 Gesundheitsschutz: Infektionsschutz				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
53	0,15	EGr. 8	Sachbearbeiter/-in TBC-Fürsorge, Belehrungen IFSG, Beratung zu HIV/ AIDS/ sexuell übertragbare Krankheiten	
Mehraufwand		Deckung		
7.500 €		Eckwerterhöhung		

16 Natur, Landschaft, Erholung, Wasserschutz				
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
67	0,13	EGr. 10	Sachbearbeiter/-in Ordnungsbehördliche Aufgaben, Artenschutz	
Mehraufwand		Deckung		
8.710 €		(Eckwerterhöhung), spätere Stelleneinsparung		

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (Ifd. Nr. 11 – 16) einverstanden.

17		Volkshochschule		
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	17.790 €		Servicekräfte Kurse/ Veranstaltungen	
Mehraufwand		17.790 €	Deckung	
			anteilig Gebühren, Eckwerterhöhung	

Frau Kubig-Steltig stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Um einen reibungslosen Ablauf bei der Betreuung von Kursen und Veranstaltungen der VHS, insbesondere mit Blick auf die gestiegenen Veranstaltungstermine, zu gewährleisten, wird ein entsprechendes Konzept erstellt. Hierzu wird die Verwaltung aufgefordert. Ein derartiges Konzept berücksichtigt den Einsatz von Servicekräften, wie er bereits erfolgt. Eine geplante Erhöhung der Personalressourcen in 2016 wird bis zur Vorlage eines solchen Konzeptes zurückgestellt.“

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Dem Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government lag folgender Antrag der KIB aus deren Sitzung am 22.09.2015 vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzliches Personal für die Freihaltung der öffentlichen Verkehrsflächen, z. B. von behindernd abgestellten Fahrrädern, zur barrierefreien Nutzung für alle bereitzustellen, insbesondere in der Zeit ab 16 Uhr.“

Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu war bereits versandt worden. Herr Heuer erklärte, dass pro Stelle Kosten in Höhe von rd. 47.000 € entstünden. Frau Dr. Stein-Redent ließ über die Annahme des Antrages abstimmen. Dieser wurde mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

2.6 Stellentechnische Abdeckungen (S. 65 ff. Entwurf 4.1.6)

1		diverse Aufgaben- und Leistungsbereiche		
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
51	93,81	EGr. S 2	Unterstützungskräfte OGS	
div.	max. 62,00	div.	div. Funktionen und Aufgaben	
Mehraufwand		Deckung		
2016: 700.000 €		anteilig Elternbeiträge, Gebühren, Eckwerterhöhung		
2017: 1.100.000 €				
2018: 1.500.000 €				

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit den stellentechnischen Abdeckungen einverstanden.

2		Direkte Leistungen des Schulträgers: Städtisches Personal in Schulen		
Amt	Stelle	Stellenwert	Funktion	ggf. Befristung
40	5,00	EGr. 5	Sekretärin div. Schulen	

Mehraufwand (217.250 €)	Deckung bereits veranschlagt
----------------------------	---------------------------------

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich einstimmig mit den stellentechnischen Abdeckungen einverstanden.

2.7 Kenntnisnahme: Stellenvermehrungen nach Ratsbeschlüssen und laufende Projekte (S. 67 Entwurf 4.1.7 / S. 68 - 71 Entwurf 4.1.8)

Die bereits durch den Rat beschlossenen Stellenvermehrungen und die laufenden Projekte wurden zur Kenntnis genommen.

3. Stelleneinsparungen

- | | |
|--|---------------------|
| 3.1 Konsolidierungsprogramm 2007 - 2010 | S. 75 Entwurf 4.2.1 |
| 3.2 Konsolidierungsprogramm 2011 ff. | S. 75 Entwurf 4.2.2 |
| 3.3 Handlungsprogramm 2012 - 2017 | S. 76 Entwurf 4.2.3 |

4. **Stellenwertveränderungen/ Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen** (S. 79 Entwurf 4.3)
5. **Stellenhebungen** (S. 83 – 85 Entwurf 4.4)
6. **Stellenabwertungen** (S. 89 – 91 Entwurf 4.5)
7. **Stellenumwandlungen** (S. 95 – 99 Entwurf 4.6)
8. **Anpassung Stellenwerts** (S. 103 – 105 Entwurf 4.7)
9. **Stellenveränderungen bei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen** (S. 109 Entwurf 4.8)

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE mit den Ziffern 3 – 9 des Stellenplanentwurfs einverstanden.

Sodann erklärte Frau Dr. Stein-Redent, dass damit dem Rat der Beschluss des Stellenplanentwurfs 2016 unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen und der Beschlüsse zu den heute beratenen Vorlagen empfohlen wird.

Punkt 21 der Tagesordnung

Haushaltsplan-Entwurf 2016 der Stadt Münster

Frau Dr. Stein-Redent erläuterte das vorgesehene Beratungsverfahren. Die Abstimmung brachte folgende Ergebnisse:

- A. Entwurf des Haushaltsplanes: einzelne Teilergebnis- und Finanzpläne für die Produktgruppen gemäß Beratungsplan**

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government fallenden Produktgruppen wurden aufgerufen. Frau Dr. Stein-Redent bat darum, Anträge der Fraktionen zu den Produktgruppen zu stellen.

Herr Berens stellte für die FDP-Fraktion zur Produktgruppe 0108 den Antrag, den Zuschuss an die Betriebssportgruppe zu streichen.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Zur Produktgruppe 0209 stellte Herr Berens folgende Anträge:

- Beibehaltung des Sperrvermerkes „Aufbau Sirensystem“
- Schiebung des Neubaus der Feuerwache 3 um 1 Jahr
- Schiebung des Ansatzes von 20.000 € Liste Neue Maßnahme Nr. 3

Die Anträge wurden mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Ratsgruppe Piraten/ÖDP abgelehnt.

Herr Berens stellte des Weiteren den folgenden Antrag zur Produktgruppe 0209:

1. Die geplanten Neubauten und Erweiterungen der Gerätehäuser in Roxel, Geist, Albachten und Sprakel werden jeweils um 1 Jahr geschoben
2. Entsprechend des Beispiels der standardisierten Bauten von Gerätehäusern des THW prüft die Verwaltung, die geplanten Bauten modular erweiterbar in konventioneller oder in Systembauweise, orientiert an rechtlichen Vorschriften und Mindeststandards, errichten zu lassen. Verbesserungs- und Veränderungswünsche sollen nach Abschluss der Planung nicht mehr möglich sein.

Es erfolgte eine getrennte Abstimmung:

Der Antrag zu Ziffer 1 wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag zu Ziffer 2 wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe Piraten/ÖDP abgelehnt.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wurde sodann über die Produktgruppen im Block abgestimmt. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mit dem Entwurf des Haushaltsplanes für folgende Produktgruppen einverstanden:

Produktgruppe 0102 – Geschäftsführung für politische Gremien, Städtepartnerschaften

Produktgruppe 0105 – Personal- und Schwerbehindertenvertretung

Produktgruppe 0108 - Personal- und Organisationsmanagement

Produktgruppe 0113 – Zentrale Dienste

Produktgruppe 0201 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0202 – Gewerberechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0203 – Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0204 – Bürgerangelegenheiten

Produktgruppe 0205 – Standesamtsangelegenheiten

Produktgruppe 0208 – Wahlen

Produktgruppe 0209 – Brandschutz und feuerwehrtechnische Hilfeleistungen

Produktgruppe 0210 – Rettungsdienst

Produktgruppe 1503 – Stadthalle Hilstrup

Produktgruppe 1504 – öffentliche Toilettenanlagen

B. Zeilen 11 und 12 des Ergebnisplanes (Personal- und Versorgungsaufwendungen) sowie Zeilen 10 und 11 des Finanzplanes (Personal- und Versorgungsauszahlungen) -> Seiten 11 und 12 des Haushaltsplanentwurfs, Band 1

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mit den Personal- und Versorgungsaufwendungen und den Personal- und Versorgungsauszahlungen einverstanden.

C. Positionen in den zur Beratung vorliegenden Veränderungslisten (einschließlich der Tischvorlage)

Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mit den Positionen der laufenden Nr. 1 – 18, 20, 22 – 25, Nr. 26 unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung zu TOP 2 der nichtöffentlichen Sitzung (Vorlage V/0912/2015) sowie der laufenden Nr. 27 und 28 einverstanden.

Die laufenden Nr. 19 und 21 wurden – korrespondierend zu dem Beschluss, die Vorlage zu TOP 4 ohne Beschlussfassung zu schieben – nicht aufgegriffen.

Sodann erklärte Frau Dr. Stein-Redent, dass damit dem Rat der Beschluss des Haushaltsplanentwurfs 2016 für die in die Zuständigkeit des APOSOE fallenden Teilergebnis- und Finanzpläne, der gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. –auszahlungen einschließlich der mit den Veränderungslisten und den hier gefassten Beschlüssen vorgeschlagenen Veränderungen empfohlen wird.

Punkt 22 der Tagesordnung

Anfrage der FDP-Fraktion: Jäger/Jagdpächter - Leistungserbringung für die Stadt Münster; Bericht der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung war den Mitgliedern mit der Tagesordnung übersandt worden. Es ergaben sich dazu keine weiteren Wortmeldungen.

Punkt 23 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Dr. Jäger erkundigte sich nach dem Verfahren/ dem Vorgehen der Verwaltung zum Entfernen von Plakaten der Studierendenvertretung. Herr Heuer erklärte, dass die Verwaltung den AStA der Universität aktuell für unerlaubt aufgehängte Plakate nicht belangen werde. Sie sei

jedoch im Gespräch mit dem AStA, um bei künftigen Plakatierungsaktionen ein Einvernehmen zu erzielen. Mit einer künftigen Genehmigungspraxis sei insoweit eine Gleichbehandlung mit politischen Parteien, die aus Anlass von Wahlen plakatieren, hergestellt.

Dr. Rita Stein-Redent
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung